

## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Oliver Jörg, Barbara Stamm, Prof. Dr. Winfried Bausback, Dr. Otto Hünnerkopf, Robert Kiesel, Manfred Ländner, Berthold Rüth, Eberhard Sinner, Peter Winter, Dr. Bernd Weiß** CSU,

**Tobias Thalhammer, Dr. Annette Bulfon, Prof. Dr. Georg Barfuß, Julika Sandt, Dr. Andreas Fischer, Thomas Dechant** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 16/15871, 16/17690

### **Innovationsstandort Bayern sichern!**

Forschung und Entwicklung (FuE) ist für die Zukunftsfähigkeit eines Hochtechnologiestandortes wie Deutschland von entscheidender Bedeutung. Die Aufgabe des Staates besteht darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, durch die Unternehmen motiviert werden, ihre Forschungsaktivitäten an deutschen Standorten zu intensivieren. Ein wichtiger Faktor ist dabei die öffentliche FuE-Förderung. Zwar wurden von der Bundesregierung zusätzliche Haushaltsmittel zur Förderung von FuE-Projekten zur Verfügung gestellt, es fehlt jedoch ein zweiter, unbürokratischer Förderweg, der sich das Steuerrecht zunutze macht. Nach herrschender Meinung stellt dies einen Standortnachteil dar, zumal 15 der 27 EU-Mitgliedstaaten bzw. 26 der 34 OECD-Mitgliedstaaten eine steuerliche FuE-Förderung eingeführt haben. Bayern ist aufgrund der unmittelbaren Konkurrenzsituation zu Österreich und der Tschechischen Republik – Ländern mit steuerlicher Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) – hiervon in besonderem Maße betroffen.

In diesem Zusammenhang wird die Staatsregierung erneut aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Einführung eines geeigneten Modells zur Förderung des FuE-Potenzials über die bestehende themenspezifische Projektförderung hinaus – etwa in Form von Steuergutschriften – einzusetzen.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident